

Tilman Reitz

They don't speak for us

Die Dekomposition der öffentlichen Intellektuellen

Die Funktion intellektueller Tätigkeit könnte historisch rascher wechseln, als man gewöhnlich annimmt. Versucht man etwa mit Gramscis Intellektuellentheorie Figuren wie Sartre, Chomsky oder Grass zu begreifen, stößt man sofort auf Probleme. Einerseits zeigt Gramsci wenig Interesse für das Phänomen, dass Individuen mit fachlicher Reputation politische Aufmerksamkeit bündeln. Andererseits erfüllt dieser Typus kaum zuverlässig die Funktionen, die Gramsci besonders hervorhebt: die Organisation sozialer Verhältnisse,¹ die Pflege und die Verbreitung herrschaftsdienlicher Weltauffassungen.² Diese Diskrepanz dürfte zunächst nur darauf verweisen, dass ›intellektuelle‹ Funktionen auf ganz verschiedenen Ebenen ausgeübt werden. Im gesellschaftlichen Deutungsbetrieb sind unzählige dafür ausgebildete Funktionäre damit beschäftigt, Weltauffassungen zu tradieren, zu erneuern und anzupassen, Konflikt- und Unrechts-erfahrungen zu verarbeiten, Konsens oder Opposition zu organisieren. Um das zu können, müssen sie institutionell eingebunden sein – in Kirchen, (Hoch-)Schulen, Presse, Parteien. Besonders effektiv kann man in diesem Gefüge nun aber agieren, wenn man seine Position nutzt, um auf nicht vorhergesehene Weise Stellung zu nehmen: Der Romanautor klagt das Gericht an, die Professorin die USA.³ Vorausgesetzt ist dabei, dass die Person – ob Emile Zola oder Judith Butler – vorher schon durch ihre geistige Tätigkeit *sichtbar* war und mit ihrer Abweichung ein noch weiteres *Publikum* erreicht. Es bietet sich an, hier von öffentlichen im Gegensatz zu (bloß) organisierten Intellektuellen zu sprechen. Zwischen beiden Formen liegt eine Bandbreite praktischer Möglichkeiten; vereinfachend kann man jedoch annehmen, dass die Intellektuellen-verständnisse zwischen ihnen oszillieren. Lag es zur Zeit Gramscis nahe, besonders die in Partei, Bewegung und Klasse eingebundenen, organischen Intellektuellen zu betrachten – selbst Mannheims ›freischwebende‹ Intelligenz kann nur zwischen

-
- 1 Dass Gramsci diese Funktion ungewöhnlich betont, dürfte an seinen Ausgangspunkten liegen: der Frage nach intellektuellen Anteilen kapitalistischer, unternehmerischer Praxis (*Gefängnishefte*, H. 12, §1, 1497) und dem Projekt, geistige Tätigkeit generell praktisch effektiv zu gestalten. »Die Seinsweise des neuen Intellektuellen kann heute nicht mehr in Beredsamkeit bestehen, [...] sondern in der aktiven Einmischung ins praktische Leben, als Konstrukteur, Organisator, ›dauerhaft Überzeugender‹« (*Gef*, H. 12, §3, 1531f).
 - 2 Hier überschneidet sich Gramscis Intellektuellenbegriff stark mit dem der konzeptionellen Ideologen bei Marx und Engels: »Die Intellektuellen sind die ›Gehilfen‹ der herrschenden [*dominante*] Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung« (*Gef*, H. 12, §1, 1502).
 - 3 Diese Form intellektueller Tätigkeit hat exemplarisch Bourdieu analysiert (1999, bes. 524); vgl. Reitz 2006.

solchen sozialen Fronten lavieren –, so scheint eine bürgerlich-liberale Kultur wie die westliche des beginnenden und des späteren 20. Jahrhunderts Bedarf nach herausgehobenen Individuen zu schaffen.

Über solche Konjunkturen hinaus lässt sich ein radikalerer Wandel denken: Die Figur der öffentlichen Intellektuellen ist nicht allein historisch vergleichsweise neu (Zolas Einsatz für Dreyfus markiert einen echten Einschnitt), sondern auch überholbar. Sicher werden unsere Gesellschaften auf absehbare Zeit öffentliche Debatten, Identifikationsfiguren und sogar politische Ideenarbeit benötigen – doch nichts garantiert, dass diese Funktionen in einem einzigen Sozialtypus zusammenlaufen. Ich will im Folgenden ausführen, dass sie sich stattdessen zusehends verteilen: auf eine ausgeweitete Massenintellektualität, auf entpolitisierte Medienintellektuelle und auf mehrheitlich unscheinbare Organisatoren von Zustimmung. Dies ist der Hintergrund dafür, dass seit den 1970er Jahren so oft vom ›Ende des Intellektuellen‹ die Rede war – während man vielleicht eher die Transformation der Rolle diskutieren sollte. An einem solchen Wandel wäre interessant, dass er das Problem intellektueller Bevormundung entschärfen würde; gleichzeitig könnte er eine Ressource von Abweichung und Opposition verschütten. Doch bevor man den Prozess begrüßen, beklagen oder auch belächeln kann, gilt es ihn genauer zu verstehen.

Announced wurde er ironischerweise von Autoren, die man noch als Intellektuelle klassischen Stils begreifen kann: den französischen Poststrukturalisten. Von Deleuze bis Baudrillard sehen sie wenig Sinn in dem Anspruch, mit ihrer Deutungsarbeit für alle zu sprechen; zugleich erklären sie weiterhin autoritativ den Stand der sozialen Entwicklung. Besonders deutlich haben Lyotard und Foucault die These vertreten, dass die Zeit des ›allgemeinen‹, öffentlichen Intellektuellen abgelaufen ist. Für Lyotard ist, nachdem er die großen Fortschrittsideen verabschiedet hat, auch klar, »dass es kein universelles Subjekt oder Opfer gibt, [...] in dessen Namen das Denken Anklage erheben könnte« (1983, 18) – nicht das Proletariat, nicht die Nation, nicht die Menschheit. Foucault historisiert statt dieser Inhalte vorrangig die Form intellektueller Rede. Er vermutet, »dass der ›universale‹ Intellektuelle«, der »die Universalität des gerechten Gesetzes« vertritt, tatsächlich von der spezifischen Figur des »Rechtskundigen« abstammt; seine Zeit endet, wenn stattdessen die »Wissenschaftler als Experten« dominant werden (1977, 147f). Auch für Lyotard bringen Expertenwesen und Wissensarbeit die entscheidenden Veränderungen. Die »Führungskräfte« der technischen Welt müssen zwar »in den exakten Wissenschaften, den Spitzentechnologien oder den Humanwissenschaften ausgebildet« sein, sind aber »nicht als solche auch Intellektuelle. Die berufsmäßige Ausübung ihrer Intelligenz verlangt nicht, in ihrem Kompetenzbereich so gut wie möglich die Idee eines universellen Subjekts zu verkörpern, sondern eine höchstmögliche Effizienz zu gewährleisten« (1983, 12). Ebenso sollten sie mangels allgemeiner Perspektive der »Versuchung« widerstehen, den in ihrem speziellen Bereich erworbenen »Namen [...] auch in einem anderen«, dem politischen, »zur Geltung zu bringen« (16). Foucault lässt erkennen, dass die intellektuelle Funktionsverweigerung trotzdem fortgesetzt werden kann. Sie muss nur ihre Form ändern: »Die Intellektuellen haben sich die Gepflogenheit zu eigen

gemacht, nicht im ›Universalen‹, im ›Beispielgebenden‹, im ›Wahren-und-Gerechten für alle‹ zu arbeiten, sondern in festgelegten Sektoren, an genau bestimmten Punkten, an die sie entweder durch ihre professionellen Arbeitsbedingungen oder durch ihre Lebensbedingungen (Wohnung, Krankenhaus, Irrenanstalt, Labor, Universität, die familiären oder sexuellen Beziehungen) versetzt wurden.« (1977, 145) Gerade dort, wo man gebraucht wird, scheint ja die Abweichung besonders effektiv.

Das meiste hieran ist weder unplausibel noch hoffnungslos. Man muss die bei Lyotard und Foucault angelegten Linien nur wenig weiter ziehen, um in die Gegenwart zu gelangen: Einerseits sind Wissens- und Deutungsarbeit bzw. ›symbolanalytische‹ Tätigkeiten nicht länger Führungskräften vorbehalten, sondern werden tendenziell zur Durchschnittsarbeit – und damit rückt andererseits auch die Demokratisierung und Vervielfachung intellektueller Dissidenz in greifbare Nähe. Ein klares Bild erhält man allerdings erst, wenn man den von Lyotard wie Foucault sowohl abgewehrten als auch ausgeblendeten Punkt hinzunimmt: die Problematik intellektueller Stellvertretung, des Sprechens für andere. Nur weil man nicht im Namen des Allgemeinen spricht, hört man nicht auf, irgendjemanden zu vertreten. Sonst müsste man gar nicht reden bzw. symbolisch handeln, sondern könnte direkt aktiv werden – bestimmte Medikamente absetzen, bestimmte Apparaturen aus dem Labor werfen – würde dann aber auf die ›intellektuelle‹ Tätigkeitsform und deren (Teil-)Öffentlichkeit verzichten. Faktisch haben kritische Psychiaterinnen und Hochschullehrer denn auch die Interessen ihrer Klientel vertreten, ihre Kollegen gewinnen und oft dem Rest der Gesellschaft Beispiele geben wollen. Foucault und Lyotard erwägen kein Stellvertretungsverhältnis dieser Art; sie sparen vielmehr alles aus, was ihm ähneln könnte. Lyotard diskutiert bis zuletzt nur eine »Vielfalt von Verantwortlichkeiten« (1983, 19), als sei es nicht möglich, sich den vorgegebenen oder vorgestellten Aufgaben experimentell, in unbefugten Sprechakten oder Argumenten zu entziehen. Und Foucault will die neue, »umfassende Politisierung des Intellektuellen« (1977, 146) durchweg von »lokalen [...] Kämpfen« (149) her denken, in denen anscheinend alle für sich selbst handeln – sogar die »Schwelle des *Schreibens* als sakralisierendes Merkzeichen des Intellektuellen« (146) soll verschwinden. Solche Vermeidungsversuche haben zumindest ein Gutes. Sie machen im Kontrast deutlich, was politisch-intellektuelles Handeln wohl auch dann kennzeichnen muss, wenn es nicht mehr die Angelegenheit herausgehobener Einzelner ist: Es hat einen Anteil *nicht autorisierter* (und oft unverantwortlicher) *Stellvertretung*, findet statt, obwohl ihm noch niemand das Mandat erteilt hat, im Namen selbst solcher, die es erst für die gemeinsame Sache gewinnen will. Diese Anmaßung ist nicht immer leicht erträglich und bildet einen der strukturellen Gründe für Intellektuellenhass; ohne sie wäre intellektuelles Handeln aber eben nicht politisch. Die kommenden Intellektuellen könnten dabei höchstens weniger Sendungs- und Superioritätsbewusstsein zeigen als die Klassiker des Metiers.

Damit lassen sich die aktuellen Chancen von Massenintellektualität ausloten. Dass sie nicht nur einen Anstieg intellektueller Beschäftigungen, sondern auch erweiterte Möglichkeiten experimenteller Stellvertretung voraussetzt, macht sie

nicht weniger wahrscheinlich. Zumindest die Infrastruktur stünde bereit: Mit der informationstechnischen Entwicklung haben sich die Foren vervielfacht, auf denen man Öffentlichkeit(en) erreichen kann. Anders als in den klassischen Massenmedien können im Internet die Empfänger auch als Sender agieren; Kommunizieren und Publizieren rücken einander näher. Zugangsbeschränkte Formen der Wissenspflege, Informationsverbreitung und politische Debatten werden damit nicht überflüssig, aber durch partizipative Kontexte und Anwendungen wie die Blogosphäre, Wikipedia oder Twitter ergänzt, in denen sich viele individuelle Kompetenzen summieren. Die so gedeihende kollektive Intelligenz könnte die alte »Bildungselite« in einem Maß entmachten, das früher nur zu extrapolieren war:

Die intellektuellen Erfahrungen, die das traditionale Bewusstsein, den eingelebten Gemeinsinn und die konventionelle Moral erschüttern, sind nicht mehr das Privileg von höherer Kunst und sozial exklusiver Bildung. [...] In einer Gesellschaft ohne Spitze und ohne Zentrum gibt es kein Privileg des Geistes mehr. (Brunkhorst 1990, 19)

Für den erwünschten Effekt fehlte nur noch, dass die virtuellen Massenintellektuellen auch ein Interesse an Abweichung und Opposition ausbilden. Eben das ist aber aus ganz unterschiedlichen Gründen unwahrscheinlich: Die Verhältnisse, auf die man zentrumslos Bezug nimmt, sind alles andere als herrschaftsfrei; die Bezugnahmen selbst sind oft schwer als Stellungnahmen zu fassen, weil sie zwischen Politik und Werbung, Kritik und Selbstvermarktung oszillieren; sofern sie nur Teilöffentlichkeiten erreichen, treffen die potenziellen Konfliktparteien überhaupt nicht aufeinander; wer sich effektiv verweigern und widersetzen will, landet doch nur im weichen Umfeld der ungefähr Gleichgesinnten. Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch über die neuen Medien hinaus beobachten: Die skandalöse Rollenverweigerung und -überschreitung, aus der klassische Intellektuelle einen Großteil ihrer repräsentativen Kraft gewonnen haben, verpufft in einer Öffentlichkeit, deren Prinzip darin liegt, es möglichst vielen Kunden und Mitbürgerinnen recht zu machen. Das heißt nicht, dass an den Schnittstellen von Wissensarbeit und Netz-Publizität keine signifikanten Sabotageakte möglich wären – aber es verringert die Chancen, den Sinn dieses Handelns schlagkräftig zu artikulieren.

Eine einfache Form der Fokussierung ist bereits in den älteren Medien politisch abgewertet worden: die personalisierte Deutungsmacht. Sinnerwartungen richten sich seit jeher besonders auf Einzelne, die, wie man annimmt, etwas zu sagen haben. Wer als informiert, integer, scharfsinnig und einfallsreich anerkannt ist, kann den Horizont vieler anderer bestimmen. Zugleich wird man seine Stellungnahmen gespannt erwarten und ihm auch überraschende Wendungen danken (»Doch, wirklich, Habermas spricht vom postsäkularen Zeitalter!«). Die gelungene Überraschung qualifiziert einen womöglich sogar erst als jemand, der etwas zu sagen hat. Die mediale Aufmerksamkeitsökonomie, in die diese Struktur eingebettet ist, kann allerdings nicht zwischen mehr und weniger diskussionswürdigen Einfällen unterscheiden – und droht sich entsprechend zu verselbständigen. Es muss immer Themen für Talkshows, Stargäste bei Konferenzen, Debatten in Wochenzeitungen, Ideen im Feuilleton geben. Die Figur, die davon lebt, ist der Medienintellektuelle.

Er (die Frauenquote ist hier weiterhin niedrig) nutzt seine Stellungnahmen immer auch dazu, den eigenen Marktwert zu steigern, verdankt seinen Status hauptsächlich öffentlichen Auftritten, während ihn Fachkolleginnen (Schriftstellerinnen, Professoren, Regisseure) eher abschätzig behandeln. Er heißt Bolz, Bude, Sloterdijk, Safranski, Schlingensiefel, Bernard Henry Lévy, vielleicht auch Enzensberger, Dath oder Joseph Vogl – die Grenzen sind fließend und die Zuordnungen strittig. Ein Anhaltspunkt könnte sein, dass die reinen Vertreter des Typs offenkundig *nichts* zu sagen haben, das aber im Gegensatz zu den auf sie herabschauenden Kollegen gekonnt platzieren. Ob sie wie Bolz zu Provokationszwecken einen liberal-konservativen Wert nach dem anderen aus der Kiste holen (Konsum, Familie, Religion) oder wie Safranski bevorzugt deutschen Tiefsinn konsumierbar machen (Heidegger, Schopenhauer, Romantik), der Effekt wird auf Kosten des angeblichen Inhalts erzielt. Erstaunlich ist nicht, dass es solche Figuren gibt, sondern dass sie die dominante, vielleicht sogar die allein übrige Form des öffentlichen Intellektuellen bilden. Auch sendungsbewusste Akteure wie Michael Moore scheinen einiges Selbstmarketing nötig zu haben; was man früher eitel genannt hätte, begreift man jetzt als Geschäftstüchtigkeit. Es führt daher nicht weit, die vermutliche »Transformation« des öffentlichen »zum Medienintellektuellen« wie folgt aus dem möglichen Sinn seines Tuns herzuleiten:

Seine Aufgabe ist die massenmedial gestützte Explikation gesellschaftlicher Spannungsverhältnisse und die massenmediale Vermittlung widerstreitender Bedürfnisse auf dem Boden konsensueller Rückbesinnung und stabiler Moralwerte gegenüber einer Diktatur der vielstimmigen, pluralen Beliebtheit. (Altschmidt/Ziemann 2005, 236)

Kürzt man diese Bestimmung um die (am Analyseobjekt merkwürdig vorbeiziehenden) kulturkritischen Formeln, geht sie immer noch genau falsch herum vor: Explikation, Reflexion und Moral sind nicht Zweck, sondern Mittel medienintellektueller Aufmerksamkeitsbündelung. Sie sorgen für Sendequoten, Besucherzahlen und Auflagen; dem Publikum helfen sie, eine Art Duz-Verhältnis zu unkontrollierbaren und undurchschauten Verhältnissen zu pflegen. Damit funktionieren die Medienintellektuellen ähnlich wie andere Stars auch; sie müssen nur stärker mit Worten arbeiten und dürften mehr Akademiker im Publikum haben. So oder so: Wer nicht getäuscht werden will, sollte sehen, dass neben Orientierung und Identifikation vor allem Zerstreung im Angebot ist – bzw. damit rechnen, dass man ihn nur begrenzt ernst nimmt.

Der politisch wichtigste Bereich intellektueller Tätigkeit könnte damit nach wie vor *zwischen* den sichtbaren, professionellen Windmachern und den neuen Foren für Hobby-Intellektualität liegen: bei den mehr oder weniger unscheinbaren, geschulten Funktionären, die lehren, aus- und weiterbilden, Nachrichten aufbereiten, Partei- und Verlagsprogramme diskutieren, Druck- und Online-Publikationen redaktionell bearbeiten, Ratgeber schreiben, Neuerscheinungen rezensieren, Leitlinien für Unternehmensethik und nachhaltiges Wirtschaften entwickeln, Prognosen und Erklärungen zur Konjunktur geben, soziale Probleme in Filme, Fernsehserien und Werbekampagnen einarbeiten usw. Man wäre also wieder in dem Funktionsbereich,

den Gramsci untersucht. Auch hier gibt es intellektuelle Führungsfiguren, etwa Journalisten wie Heribert Prantl oder Unternehmerinnen wie die Body-Shop-Gründerin Anita Roddick, die den ethischen Konsum zum Erfolgsmodell gemacht hat. Aber sie wirken eben, anders als der öffentliche Intellektuelle der Zola-Prägung, genau in ihrer institutionell oder professionell vorgesehenen Rolle.

Doch auch gegenüber Gramsci hat sich etwas Entscheidendes geändert. Man sieht es am besten, wenn man seine zentrale Unterscheidung anzuwenden versucht: Die eingebundenen Intellektuellen der Gegenwart sind überwiegend weder ›traditionell‹ noch ›organisch‹. Der erste Punkt ist einfach zu fassen. Im 20. Jahrhundert wurde organisierte Weltdeutung so durchgreifend auf die wechselnden Anforderungen der Staats- und Konzernverwaltungen angepasst, dass nur noch wenige traditionelle Rollenbilder übrig geblieben sind – am ehesten im religiösen Feld. Selbst hier jedoch wird die gemeinschaftliche Ordnung oft eher synthetisch (wieder) hergestellt als habituell tradiert. Komplizierter liegen die Dinge bei der ›organischen‹ Bindung der Intellektuellen an Klassen oder politisch-soziale Machtgruppen. Hier kann man weiter feste Verbindungen – etwa der neoliberalen Ökonomen mit den Wirtschaftseliten – und hegemoniale Kämpfe – etwa den Abwehrkampf der Wohlfahrtsstaats-Intellektuellen – beobachten. Sogar Gramscis ökonomistisch klingende Idee, dass »jede neue Klasse [...] in ihrer fortschreitenden [*progressivo*] Entwicklung« Intellektuelle ausbildet, die »Teilaspekte« ihrer »ursprünglichen Tätigkeit« weiterführen (*Gef*, H. 12, §1), lässt sich aktuell belegen – namentlich mit Vertretern der informationstechnischen Produktionsweise. Zwei Entwicklungen machen es trotzdem zweifelhaft, ob man Gramscis klassenkämpferische Akzentuierung beibehalten kann. Einerseits kennt er noch nicht das gesellschaftsweite *Engineering of Consent*, das seinen ersten Höhepunkt in der fordistischen Ära hatte und nun in Gestalt von Evaluationen, Mediationen, Supervisionen, Expertenräten und Betroffenenbeteiligung wiederkehrt. Die hierbei organisierten Intellektuellen arbeiten gerade dagegen, dass Interessengegensätze artikuliert werden – also gegen das, was ›organische‹ Intellektuelle in Parteien und Bewegungen tun könnten. Andererseits war in den 1920er und 30er Jahren auch nicht so umfassend wie im globalen Kapitalismus das Beziehungsmuster der Konkurrenz als Alternative zum Konflikt etabliert. Professionelle intellektuelle Tätigkeit heißt (auch in der Wirtschaftskrise, solange keine Alternative zu ihren Bedingungen in Sicht ist) heute vor allem, sich in Wettbewerben verschiedenster Art durchzusetzen. Die Gegner sind Konkurrenten aus der eigenen Schicht, nicht politische Formationen, und wenn es die Chance verlangt, muss man auch mit früheren Kontrahenten zu kooperieren bereit sein. Die typische Nichtfestgelegtheit der Intellektuellen tendiert so zur Gesichtlosigkeit, während sich zugleich ihre Klasse abzuschließen tendiert. Denn nicht für andere sprechen zu wollen heißt auch, sich nicht mehr mit ihnen abstimmen und sich nur noch zu Werbezwecken in ihre Lage versetzen zu müssen. Die Klassenbündnisse sind damit wieder stärker durch die vorgefundene Ordnung und Funktionsteilung bestimmt, weniger durch Versuche, sie neu zu gestalten. Der großbürgerliche Nachwuchs erhält an Elitehochschulen seine humanistische Ausbildung, die Unterschicht bekommt ihr Unterschichtsfernsehen.

Eher als traditionell oder organisch sind die eingebundenen Intellektuellen der Gegenwart daher synthetisch und opportunistisch. Wer das nicht als Bedingung der eigenen geistigen Arbeit hinnehmen will, muss sich für eine Öffentlichkeit einsetzen, in der Abweichung erneut politisch lesbar und folgenreich wird. Die teils proletarisierten, teils in Reputationskonkurrenz verstrickten Hochschullehrer könnten das tun, indem sie endlich ihre Interessen organisieren und mit denen der tendenziell 40 Prozent junger Erwachsenen abstimmen, für die sie zuständig sind. Journalistinnen können ihre wachsende Nähe zum publizierenden Publikum des Internets nutzen, um Informationen und Positionen politisch zu bündeln – statt mit den Bloggern um Aufmerksamkeitsanteile zu kämpfen. Und das Fernsehen lässt sich nicht nur wie in Deutschland zum symbolischen Arbeitstraining nutzen, sondern auch wie in einigen US-Serien für ästhetisch-narrative Tests auf die (in den Geschlechterbeziehungen) hoffnungsvolle oder (in den Arbeitsverhältnissen) düstere Zukunft. Umfunktionierbare Felder stehen mehr als genug bereit.

Literatur

Altenschmidt, Karsten, u. Andreas Ziemann, »Erinnerung an den Intellektuellen«, in: *Ästhetik & Kommunikation* 130, 36. Jg., 2005, 233-38

Bourdieu, Pierre, *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*, Frankfurt/M 1999

Brunkhorst, Hauke, *Der entzauberte Intellektuelle. Über die neue Beliebigkeit des Denkens*, Hamburg 1990

Foucault, Michel, »Die politische Funktion des Intellektuellen«, in: ders., *Schriften*, Bd. 3 (1977), Frankfurt/M 2003, 145-52

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, 10 Bde., hgg. v. K.Bochmann, W.F.Haug u. P.Jehle, Hamburg 1991-2002

Lyotard, Jean-François, »Grabmal des Intellektuellen«, in: ders., *Grabmal des Intellektuellen* (1983), Wien 2007, 11-19

Reitz, Tilman, »Was wird aus dem Avantgarde-Citoyen? Zum Funktionswandel des politischen Intellektuellen nach Sartre und Foucault«, in: K.-M.Kodalle (Hg.), *Grundprobleme bürgerlicher Freiheit heute*, Würzburg 2007, 93-101